Italien

CARLO MASALA

Die Italiener konnten im August 1998 mit dem Gewissen in Urlaub fahren, daß sich ihr Land nach nunmehr 40 Jahren auf dem Weg zu europäischer Normalität befand. Seit einem Jahr war Italien Mitglied im Euro-Club und die Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi war länger im Amt als jede andere italienische Nachkriegsregierung. Doch kaum waren die Italiener von den Stränden der Adria zurückgekehrt, erwartete die Italiener ein „heißer Herbst"[1], der erneut die Maxime Tancredis im „Leopard" von Tomasi di Lampedusa zu bestätigen schien: „Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert."

Einmal mehr war es eine Haushaltsvorlage der Regierung Prodi, diesmal die für 1999, welche die Koalition aus Kommunisten, Linksdemokraten und Christdemokraten in eine schwere Krise führte. Die dort vorgesehenen 14 Mrd. DM an Einsparungen führten innerhalb der Rifondazione Comunista (RC) zur Spaltung. Parteichef Fausto Bertinotti und einige seiner Getreuen verweigerten Prodi die Gefolgschaft. Die Krise war schon seit langem absehbar, gewann jedoch Ende Juni und Anfang Juli 1998 an Schärfe, als sich ein Teil der RC, um Parteichef und Fraktionsvorsitzenden Bertinotti, weigerte, der NATO-Osterweiterung zuzustimmen. Innerhalb von nur wenigen Wochen erlitt das außenpolitische Ansehen Italiens, das in den vergangenen drei Jahren mühselig wiederhergestellt worden war, erhebliche Blessuren.[2] Wieder einmal wurde der Beweis erbracht, wie leicht es noch immer ist, die Apeninnenhalbinsel in ihre alte Instabilität zu stürzen.

Der ehemalige Staatspräsident Francesco Cossiga stieß mit seiner Unione dei Democratici per la Repubblica (UDR) in das parlamentarische Vakuum vor und sicherte der Regierung das „Ja" zur NATO-Osterweiterung. In den darauffolgenden Wochen spitzte sich die Situation zwischen Regierung und RC zu. Letzten Endes führte die Frage nach den Grenzen der parlamentarischen Unterstützung der Regierung Prodi innerhalb der Neo-Kommunisten zu Spaltung und für Prodi zum Verlust seiner parlamentarischen Mehrheit. Prodi mußte zurücktreten.

Neuer Regierungschef wurde, nach kurzer Sondierungszeit, Massimo D'Alema, der Vorsitzende der Democratici di Sinistra (vormalig PDS), jener Partei, die das organisatorische und programmatische Rückgrat des Ulivo-Bündnisses bildet. Als neuen Partner konnte D'Alema Cossiga und seine Partei gewinnen. D'Alema war bei der Zusammenstellung seiner Regierungsmannschaft darauf bedacht, den Italienern und dem Ausland programmatische und personelle Kontinuität zu signalisieren, was sich unter anderem darin bemerkbar machte, daß sowohl Lamberto

Dini als auch Carlo Azeglio Ciampi ihre bisherigen Ämter als Außen- und Finanzminister beibehielten.

D'Alemas eigene Vorstellungen über die Außen- und Europapolitik seiner Regierung legte dieser, kurz vor Amtsantritt, ausführlich dar.[3] Die europäische Integration befinde sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase. Der Amsterdamer Vertrag habe noch zu viele Fragen hinsichtlich der Vertiefung der Union offengelassen, die aber gelöst werden müßten, um zu verhindern, daß die Osterweiterung die Handlungsfähigkeit der Union beeinträchtige. Gleichzeitig seien mit der Einführung des Euros neue Fakten und neue Zwänge für die Mitgliedstaaten des Euro-Clubs geschaffen worden. D'Alema warnte jedoch davor anzunehmen, daß der Euro unweigerlich zu mehr Integration führen würde. Es existiere kein mechanischer Nexus zwischen ökonomischer und politischer Integration. Letztere bleibe weiterhin ein Problem des politischen Willens, und an diesem mangele es zum gegenwärtigen Zeitpunkt innerhalb der Europäischen Union. Doch für D'Alema war Hoffnung in Sicht. Die bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland könnten, wenn es der deutschen Sozialdemokratie gelingen würde, die Regierung zu stellen, eine einzigartige Situation in Europa schaffen. Es würde ein sozialistisch/sozialdemokratischer Block in Europa entstehen, der – so D'Alema – die einzigartige Chance bieten könne, die Blockade, in der die Union stecke, zu überwinden und die noch ausstehenden Probleme (institutionelle Reformen, Osterweiterung, Agenda 2000 und europäische Verfassung) entschlossen anzugehen.

Mit dieser Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Europäischen Union und ihrer zukünftigen Aufgaben befand sich D'Alema im Fahrwasser der italienischen[4] und der europäischen Diskussion. Nach den großen Anstrengungen, die am Tiber unternommen wurden, um Italien in den Euro zu führen, dominierte das Tagesgeschäft der Europäischen Integration.

Italien und der Euro: Bilanz nach einem Jahr.

Durch die Doppelkrise in der zweiten Jahreshälfte 1998 währte die Euro-Euphorie der Italiener nicht lange. Realismus und Nüchternheit dominierten rasch die italienische Diskussion. Umfragen, die im November 1998 durchgeführt wurden, zeigten deutlich, daß bei der Mehrzahl der Italiener der Gedanke einer einheitlichen Währung zwar noch immer hohe Popularität genießt, die Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen der gemeinsamen Währung auf den heimischen Arbeitsmarkt sowie auf die persönliche Lebenssituation aber zunehmend skeptisch beurteilt werden.[5] In der öffentlichen Diskussion rückte nun das Thema Arbeitslosigkeit immer stärker in den Vordergrund. Angesichts von 12% Arbeitslosen landesweit und teils über 25% Arbeitslosigkeit im Mezzogiorno konnte die italienische Politik nicht umhin, hier einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auch auf europäischer Ebene zu legen. Die Kunst bestehe darin, so formulierte es Finanzminister Ciampi, die richtige Balance zwischen den „Erfordernissen der Stabilitätspaktes und den Bedürfnissen der Menschen zu finden"[6]. Europa müsse sich, nachdem die historische Zäsur durch die Einführung einer gemeinsamen Währung erfolgt sei, nunmehr

mit ebenso großer Leidenschaft dem Thema der Arbeitslosigkeit widmen, um zu verhindern, daß die Idee der Integration ihres Fundamentes, der Zustimmung und der Begeisterung seiner Bürger, beraubt werde. Der Europäische Beschäftigungsgipfel von Luxemburg (20.-21. November 1997) könne in dieser Perspektive nur ein Anfang sein.[7]

Die leichte Verschiebung der Prioritätensetzung italienischer Wirtschafts- und Finanzpolitik fand auch in den Planungen für den Haushalt 1999 ihren Niederschlag. Ciampi, der in den letzten drei Jahren die Rolle eines Zuchtmeister italienischer Stabilitätspolitik eingenommen hatte, lockerte die Zügel finanzpolitischer Restriktionen ein wenig.[8] Für 1999 sehen die Planungen einen Fehlbetrag im öffentlichen Gesamthaushalt von 2% und einen abermaligen Primärüberschuß von 5,5% vor. Die staatlichen Einnahmeschätzungen beruhten auf der Annahme eines Wachstums von 2,5%, die jedoch bereits heute Makulatur sind, da Experten davon ausgehen, daß das zu erwartende Wachstum unterhalb der 2%-Marge liegen wird. Angesichts der veränderten Situation leitete die Regierung D'Alema im März diesen Jahres Maßnahmen ein, die der sinkenden Konjunktur entgegenwirken sollten. Dazu gehörten steuerliche Anreize für Unternehmen, die neue Investitionsgüter anschaffen. Desweiteren wurden ca. 1.770 Mrd. Lire für einen Beschäftigungsfond freigegeben, um Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren. Zusätzlich wurden mit dem Haushaltsplan weitere Instrumente geschaffen, die Anreize für Investitionen bieten und die Arbeitskosten für die Unternehmer verringern sollen.

Wie stark die Regierung Prodi, aber auch die Regierung D'Alema, denen die Ernsthaftigkeit bei ihren Bemühungen zur Stabilitätspolitik nicht abgestritten werden kann, bei der konkreten Umsetzung von ihrem kleinsten Koalitionspartner, den Kommunisten, blockiert werden, zeigte und zeigt sich bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen: Obgleich Ciampi Anfang 1998 angekündigt hatte, daß der italienische Staat bis Ende des Jahres zwischen 20 und 30 Mrd. DM aus der Privatisierung einnehmen werde, um mit diesem Geld das im Maastrichter-Vertragswerk anvisierte Ziel einer Schuldenquote von maximal 60% schneller zu erreichen, fielen die Ergebnisse mager aus. Gerade einmal 15 Mrd. DM wurden aus der Privatisierung staatlicher Unternehmen 1998 eingenommen.[9] Auch für 1999 ist nicht zu erwarten, daß die Privatisierung großer staatlicher Unternehmen, wie der IRI, des römischen Flughafens sowie der Spa Autobahn, vorangetrieben geschweige denn abgeschlossen werden kann. Die magere Ausbeute ist das Ergebnis der Rücksichtnahme, die sowohl die Regierung Prodi als auch die Regierung D'Alema auf ihren kommunistischen Koalitionspartner nehmen mußten und auch zukünftig nehmen müssen, der bis heute gegen jegliche Privatisierung staatlicher Unternehmen Front macht.[10]

Trotz aller offiziellen Beteuerungen, daß Italien zu den in Maastricht vereinbarten Kriterien stehe und daß der Stabilitätspakt auch im italienischen Interesse sei,[11] erweist sich die italienische Euromitgliedschaft somit als eine schwere Bürde für die italienische Finanz- und Wirtschaftspolitik, die stets zwischen europäischen Erfordernissen und innenpolitischen Rücksichten operieren muß.[12]

Reformen der Union

Wie die meisten anderen Regierungen in der europäischen Union, sieht auch die italienische Regierung die Notwendigkeit, die Strukturen und Verfahren der Union umfassend zu reformieren, um die Erweiterung der Union finanzierbar zu machen und eine gleichzeitige Paralyse einer EU-25 zu verhindern.[13] Dennoch handelte die italienische Regierung gemäß der Devise: Reformen ja, aber ohne, daß der italienische Einfluß in der Gemeinschaft schwindet und ohne, daß Italien zu viele seiner Privilegien verliert. Ein Stein des Anstoßes ist dabei die von der Kommission in der Agenda 2000 vorgeschlagene Reform der Struktur- und Kohäsionsfonds. Giorgio Napolitano, italienischer Innenminister, sieht hier die Gefahr, daß eine ganze Reihe von bisher durch europäische Fördermittel unterstützten Regionen im Mezzogiorno zukünftig auf den Geldsegen aus Brüssel verzichten müßten. Es dürfe nicht sein, daß sich die Union ihre Erweiterung nach Osten durch die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse eines Teils ihrer Bürger im Westen erkaufe. Mit Blick auf die Agenda 2000 sei es die Aufgabe italienischer EU-Politik, in Zusammenarbeit mit Spanien, Griechenland und Portugal, darauf zu dringen, daß es bei den Struktur- und Kohäsionsfonds für Südeuropa sowenig Veränderungen wie möglich gebe.[14] In der öffentlichen Diskussion wurde diese für Italien so wichtige Problematik eng mit der deutschen Forderung nach einer Reduzierung der Nettobelastung für die Bundesrepublik Deutschland gesehen. Zwar sei das deutsche Anliegen nach einer spürbaren Entlastung durchaus verständlich, so argumentierten Kritiker kurz vor dem Sondergipfel der Union in Berlin, jedoch wäre es die Bundesrepublik, die den größten ökonomischen Nutzen aus einer Osterweiterung der Gemeinschaft ziehe. Angesichts dieser Sachlage dürfe Italien und mit ihm die südeuropäischen Länder nicht zu den Zahlmeistern der Erweiterung gemacht werden, deren ökonomischer Nutzen fast ausschließlich den Deutschen zugute kommen würde.[15] Ein Argument, das in der italienischen Debatte fehlt, welches jedoch maßgebend für die italienische Abneigung gegen allzu große Umschichtungen von Süd nach Ost sein dürfte, liegt in der Tatsache begründet, daß die finanziellen Belastungen, die auf Rom nach einer Reform der Struktur- und Kohäsionsfonds zukommen, eine Einhaltung der Kriterien des Stabilitätspaktes enorm erschweren, wenn gar nicht unmöglich machen würden.

Auch im Bereich der Reformen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) war die italienische Haltung durch Ambivalenzen gekennzeichnet. Italien gehört seit langer Zeit zu den Befürwortern einer GASP im europäischen Rahmen und hat diesbezüglich in den vergangenen Jahren immer wieder umfassende Vorschläge lanciert, die zumeist am britischen Widerstand scheiterten. Doch es bleibt die italienische Handlungsmaxime, daß Italien im Rahmen der GASP an prominenter Stelle vertreten sein müsse und gegenüber Staaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien nicht diskriminiert werden dürfe. In diesem Zusammenhang ist auch die italienische Reaktion auf die britisch-französische Initiative von St. Malo zu verstehen. Zwar begrüßte Lamberto Dini diese Initiative als einen Schritt hin zu einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, jedoch warnte er im gleichen Atemzug davor, daß sich mit

dieser Initiative kein Direktorat für Verteidigungsfragen in Europa, bestehend aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, herausschälen dürfe.[16]

Abschließend muß noch erwähnt werden, daß die Italiener die Entscheidung des EU-Sondergipfels von Berlin, Romano Prodi zum neuen Präsidenten der EU-Kommission vorzuschlagen, mit Begeisterung aufgenommen haben. Für Massimo D'Alema weicht damit sein populärster Widersacher innerhalb der eigenen Reihen nach Brüssel aus, für die italienische Bevölkerung ist die Entscheidung, einen Italiener mit der Aufgabe zu betrauen, die Union in das nächste Millenium zu führen, ein Zeichen für das wiedererstarkte Gewicht ihres Landes in der europäischen Politik sowie für das gewachsene Vertrauen Europas in Italien.[17]

Italiens unruhige Gegenküste.

Italienische Europapolitik 1998/99 wurde in einem besonderen Maße von den Entwicklungen an seiner südlichen und östlichen Gegenküste dominiert. Drei Ereignisse waren es, welche die verstärkte Aufmerksamkeit der Regierungen Prodi und D'Alema auf den Mittelmeerraum gewissermaßen erzwangen.

Der Euro-Mediterrane Gipfel von Stuttgart

Nachdem der Euro-Mediterrane Gipfel von Malta Mitte April 1997 an den unvereinbaren Gegensätzen zwischen den arabischen Staaten und Israel beinahe gescheitert wäre,[18] bemühte sich die italienische Regierung in Kooperation mit Spanien und Frankreich sicherzustellen, daß ein solches Debakel auf der dritten Folgekonferenz des Barcelona-Prozesses, die vom 16. bis 17. April 1999 unter der deutschen Ratspräsidentschaft in Stuttgart stattfand, sich nicht wiederholen würde.[19] Auf Vorschlag der italienischen Regierung fand am 3. und 4. Juni 1998 ein Sondertreffen der Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses in Palermo statt, welches dazu dienen sollte, jene Hindernisse zwischen den arabisch-nordafrikanischen Staaten sowie den Staaten der Union aus dem Wege zu räumen, die Fortschritten bei der Verwirklichung der Zielsetzungen, die in der Abschlußerklärung von Barcelona formuliert wurden, entgegenstanden.[20] Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich schließlich auf die Ausarbeitung gemeinsamer Standards sowie eines „code of conduct", welcher zukünftig für den Umgang der nordafrikanisch-arabischen Staaten untereinander sowie für den Umgang der Partnerländer des Barcelona-Prozesses verbindlich (nicht verpflichtend) sein sollte. Für die italienische Regierung war das Ergebnis von Palermo ein Erfolg, da es die Hoffnung nährte, daß der Stuttgarter Gipfel mit greifbaren Ergebnissen beendet werden könnte und neue Perspektiven für die Weiterentwicklung der Euro-Mediterranen Partnerschaft, nicht zuletzt auch im Bereich des politischen Dialoges, eröffnen würde.[21] Durch diesen„Durchbruch"[22] sah sich die italienische Regierung auch ihrer selbstgesteckten Zielsetzung, „europäische Avantgarde"[23] im Mittelmeerraum zu sein, ein Stück weit näher gekommen.

Stuttgart brachte die von allen EU-Staaten gewünschten Ergebnisse. Die Minister billigten allgemeine Richtlinien für die Ausarbeitung einer Euro-

Mediterranen „Charta für Frieden und Stabilität", die dem politischen Dialog und der präventiven Diplomatie Vorrang bei der Lösung von Konflikten geben soll. Diese Charta soll bis zur zweiten Jahreshälfte 2000 fertiggestellt werden.[24] Neben diesem für die italienische Diplomatie wichtigen Anliegen, wurde ein für Italien vielleicht noch wichtigerer Aspekt in Stuttgart verwirklicht. Nach der Auslieferung der Lockerbie-Attentäter an Schottland und der Ankündigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die Sanktionen gegen Libyen aufzuheben, nahm erstmalig eine libysche Delegation als Gast am Barcelona-Prozeß teil.[25]

Il caso Öcalan

Unter bis heute noch nicht endgültig geklärten Umständen wurde Ende 1998 der Chef der terroristischen Kurdenorganisation PKK, Abdullah Öcalan, in Italien festgenommen. Italien lagen internationale Haftbefehle aus der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland vor. Aufgrund der Bestimmungen der italienischen Verfassung konnte eine Auslieferung an die Türkei nicht erfolgen, da Öcalan dort die Todesstrafe drohte. Die Bundesrepublik Deutschland, an die Italien Öcalan hätte ausliefern können, weigerte sich jedoch, unter dem Vorwand zweifelhafter legalistischer Argumente, einen Auslieferungsantrag an die italienische Regierung zu stellen. Die italienische Regierung stand nun vor dem Problem, einen international gesuchten Terroristen in Gewahrsam zu haben, den sie nicht ausliefern konnte. Die Bundesregierung versuchte, den Spagat zwischen europäischer Solidarität gegenüber Italien und dem nationalen Interesse, Öcalan auf keinen Fall in Deutschland den Prozeß zu machen, durch die Internationalisierung des Problems zu vollziehen. Das Kurdenproblem müsse, so lautete der Vorschlag, den Außenminister Joschka Fischer und Bundeskanzler Gerhard Schröder Massimo D'Alema machten, im Rahmen einer internationalen Konferenz gelöst werden und der Fall Öcalan vor einem internationalen Gerichtshof verhandelt werden. Die Antwort auf die Frage, wie dieser Vorschlag umzusetzen sei, blieben die Deutschen den Italienern jedoch schuldig.[26] Nachdem es keine rechtliche Handhabe der italienischen Regierung gab, Öcalan auf italienischem Territorium festzuhalten, verließ dieser am 16. Januar 1999 das Land in Richtung Kenia, wo er einen Monat später, unter ebenfalls bis heute ungeklärten Umständen, festgenommen und in die Türkei gebracht wurde.

Italien und der Kosovo-Krieg

Mit Entschlossenheit hatte D'Alema sich den Aktionen der NATO gegenüber Serbien angeschlossen und der Allianz italienische Militärbasen zur Durchführung ihrer Operationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zur Verfügung gestellt.[27] Dieser Schritt stieß nicht nur bei der politischen Opposition im römischen Parlament, sondern in den Reihen des Ulivos auf heftige Kritik. Es verwunderte in Italien und bei den Allianzpartnern nicht weiter, daß die Kommunisten und die Grünen gegen die militärischen Operationen der NATO und gegen eine Beteiligung italienischer Verbände an diesen Einsätzen sind.[28] Daß aber auch große Teile des Partito Popolare und der UDR sich gegen die Bombardements aussprachen, kam für

den italienischen Regierungschef überraschend und brachte ihn und seine Regierungskoalition in Bedrängnis. D'Alema fand eine Lösung all'italiana, die es ihm erlaubte, weiterhin allianzpolitische Solidarität zu demonstrieren, ohne seine Regierung in eine Krise zu stürzen. Er gab vor dem Parlament eine Erklärung ab, in der er darlegte, daß seine Regierung die militärischen Operationen der NATO gegen Jugoslawien als notwendig ansehe, um eine diplomatische Lösung des Kosovo-Konfliktes zu erzwingen, daß italienische Kampfjets sich aber nicht an Bombardements gegen Ziele im Kosovo oder in Serbien beteiligen, sondern nur zu Aufklärungsflügen in der Adria eingesetzt werden würden.[29] Damit war der Koalitionsfrieden vorerst wiederhergestellt. Es wurden jedoch zugleich die Grenzen der Handlungsfähigkeit D'Alemas aufgezeigt. An der Frage einer möglichen Entsendung von Bodentruppen, so ließen die Kommunisten um Cossuta keinen Zweifel, würde die Regierungskoalition zerbrechen.

Anmerkungen

1 Bayern-Kurier v. 5.9.1998.
2 La Repubblica v. 1.7.1998 und International Herald Tribune v. 4.7.1998
3 Corriere della Sera v. 12. 10.1998.
4 Massimo D'Alema: La nostra politica europea, in: Europa Europe, 7 (1998) 3, S. 29-33.
5 Vgl. L´Espresso vom 22.11.1998, S. 10-15.
6 Carlo Azeglio Ciampi: L'Italia con l'euro: stabilitá é sviluppo, in: Europa Europe, 3 (1998), S. 21-27, S. 26.
7 Vgl. Andrea Manzella: Il vertice europeo di Pörtschach: un appuntamento anticipato, in: il Mulino 379,(1998), S. 795-805, hier S. 798.
8 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 13.1.1999 sowie Il Sole-24 Ore vom 4.7.1998.
9 Vgl. Corriere della Sera v. 24.4.1999.
10 Vgl. Rede D'Alemas vor der Mailänder Bocconi-Universität am 26.1.1999, verfügbar im Internet unter URL: http://www.palazzochigi.it/novitá/19990126_0.
11 Vgl. den sehr sarkastischen Beitrag von Paolo Legrenzi: L´euro e la vita quotidiana, in: il Mulino 377 (1998), S. 457-464 sowie im gleichen Heft, Roberto Biorcio: L´Unione in Italia: chi ha paura dell´euro, S. 535-545.
12 Vgl. die erste Regierungserklärung D'Alemas v. 22.10.1998, verfügbar im Internet unter URL: http://www.palazzochigi.it/novitá/19991028_0.
13 Giorgio Napolitano: Fondi strutturali e politiche di coesione: quali alternative?, in: Europa Europe 3 (1998), S. 34-42, hier S. 41.
14 La Stampa v. 20.3.1998.
15 Reuters v. 3.12.1998.
16 Vgl. Panorama v. 28.3.1999.
17 Vgl. Jacobs, Andreas; Carlo Masala: Der Mittelmeerraum als Herausforderung für die deutsche Sicherheitspolitik, Sankt Augustin 1998, S. 42 sowie Jünemann, Anette: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft vor der Zerreißprobe? Eine Bilanz der zweiten Mittelmeerkonferenz von Malta, in: Orient 3 (1997), S. 465-475.
18 So wird der Beauftragte der italienischen Regierung für den Mittelmeerraum, Antonio Badini, von der Neuen Zürcher Zeitung zitiert. Vgl. NZZ v. 12.6.1998.
19 Abschlußerklärung der Mittelmeer-Konferenz der Europäischen Union am 27./ 28.11.1995 in Barcelona, in: Internationale Politik 2 (1996), S. 107-122.
20 Antonio Badini: Il Patenariato Euro-Mediterraneo da Barcelona a Palermo, in: Affari Esteri 119 (1998), S. 583-595, S. 584.
21 Vgl. Corriere della Sera v. 8. 6.1998.
22 So ein Beamter des italienischen Außenministeriums im Gespräch mit dem Verfasser am 4.12.1998 in Rom.
23 Anläßlich der ersten italienischen Botschafterenklave, die Mitte August 1998 in Rom stattfand, benutzte Außenminister Lamberto Dini diese Formulierung, um eine der zukünftigen Handlungsmaximen italienischer Außenpolitik zu charakterisieren. Vgl. La Repubblica v. 31.8.1998.
24 Vgl. Dritte Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister. Förmliche Schlußfolgerungen des Präsidenten, Stuttgart 16.4.1999 (Kopie im Besitz des Verfassers).
25 Vgl. FAZ v. 17.4.1999.

26 Vgl. International Herald Tribune v. 23.2.1999.

27 NZZ v. 8.4.1999

28 Kommunistenchef Cossuta drohte sogar damit, daß seine Partei ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, wenn die italienische Regierung sich direkt an den Bombardements gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beteilige. Vgl. Corriere della Sera v. 25.3.1999.

29 Verfügbar im Internet unter URL: http://www.palazzochigi.it/novitá/ 19990326_0.

Weiterführende Literatur

Badini, Antonio: Il Patenariato Euro-Mediterraneo da Barcelona a Palermo, in: Affari Esteri 119 (1998), S. 583-595.

Biorcio, Roberto: L'Unione in Italia: chi ha paura dell'euro, in: il Mulino 377 (1998), S. 535-545.

Bonvicini, Gianni: Schlüsselfragen der deutschen Ratspräsidentschaft – europäische Perspektiven, in: Integration 1 (1999), S. 9-20.

Ciampi, Carlo Azeglio: L'Italia con l'euro: stabilitá é sviluppo, in: Europa Europe, 3 (1998), S. 21-27.

D'Alema, Massimo: La nostra politica europea, in: Europa Europe, 3 (1998), S. 29-33.

Dini, Lamberto: La politica estera dell'Italia, in: Affari Esteri 120 (1998), S. 684-696.

Fassino, Piero: Italy's Foreign Policy: A New Agenda for Europe and ist Global Challenges, in: European Foreign Affairs Review 1 (1998), S. 1-12.

Ferrarin, Lorenzo: Le dimensioni della sicurezza interna dell'Unione europea: problemi attuali e futuri in vista dell'allargamento, in: Affari Sociali Internazionali 4 (1998), S. 5-14.

Hanny, Birgit: Italienische Reformen für die Europapolitik. Anpassungsversuche im europäischen Mehrebenensystem seit 1987, Frankfurt, Berlin u.a. 1999.

Italienische Fraktion der SPE (Hrsg.):Europa Italia 6 (1999).

Knoth, Barbara: Kräftige Wachstumsimpulse noch nicht in Sicht, in: EUmagazin 4/1999, S. 36-38.

Legrenzi, Paolo: L'euro e la vita quotidiana, in: il Mulino 377 (1998), S. 457-464

Manzella, Andrea: Il vertice europeo di Pörtschach: un appuntamento anticipato, in: il Mulino 379 (1998), S. 795-805.

Radbruch, Hans Eberhard: Italien, Mitteleuropa und der Euro. Grundlagen und Perspektiven italienischer Außenpolitik, Baden-Baden 1998.